Geschrieben von: Lorenz
Dienstag, den 28. Februar 2012 um 16:51 Uhr

Bundesratsinitiative soll am Freitag beschlossen werden

Geflügelzüchter drohen Niedersachsen mit Millionenklage: Kritik an Kompromiss zur Abschaffung der Käfighaltung

Hannover (wbn). Der niedersächsische Geflügelzüchterverband kündigt massiven Widerstand gegen ein früheres Aus für die Käfighaltung von Legehennen an.

"Das Land Niedersachsen muss sich darauf einstellen, dass die Tierhalter, die Kleingruppenhaltung betreiben und ab 2023 auf ein anderes Haltungssystem umrüsten müssen, Schadenersatzforderungen stellen werden. Und so, wie wir das beurteilen, kann das durchaus im Bereich von 50 Millionen Euro sein", sagte der Verbandspräsident Wilhelm Hoffrogge gegenüber dem NDR Fernsehmagazin „Hallo Niedersachsen“.

Fortsetzung von Seite 1

Die Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hatten sich stellvertretend für die CDU- und SPD-geführten Länder im Bundesrat auf den Kompromiss geeinigt, die sogenannte Kleingruppenhaltung spätestens 2023 per Verordnung zu verbieten. Eine entsprechende Bundesratsinitiative soll am Freitag beschlossen werden.

Der Geflügelzüchterverband sieht darin einen „massiven Eingriff in das Eigentum der Tierhalter“. Er hofft nun auf Bundesministerin Ilse Aigner. Die CSU-Frau hat bislang dafür plädiert, die Kleingruppenhaltung bis 2035 übergangsweise zu erlauben - so wie es ursprünglich auch das CDU-geführte Niedersachsen angestrebt hatte. Verbandschef Hoffrogge: "Wir sind zuversichtlich, daß Frau Aigner der Initiative nicht zustimmt."